

Nebrer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Er erscheint
Mittwoch und Sonnabends.

Abonnementpreis

vierteljährlich 1,20 Mk. pränumerando, durch
die Post oder andere Boten, 1,25 Mk., durch
die Briefträger frei ins Haus 1,50 Mk.

Gratisbeilagen:

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierteljährlich eine landwirtschaftliche Beilage.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 27

Nebra, Mittwoch, 4. April 1917.

30. Jahrgang.

Was der Kanzler sagte.

Der Reichskanzler hat gesprochen. Aber Angeres und Inneres. Die Revolution in Mexiko und zum russischen Volk, unsere Beziehungen zu Amerika und China waren es, die den ersten Teil der Rede füllten. Mit dankenswerter Klarheit hat Herr v. Bethmann Hollweg einem alten Vorurteil den Boden ausgegraben, den englische Verleumdungslust in der russischen Volkssee geleitet und angebläht hat. Der Deutsche Kaiser — so behauptet die russische öffentliche Meinung — ist es gewesen, der den jungen Freiheitskämpfern der Russen nach dem japanischen Krieg durch reaktionäre Maßregeln an Zar Nikolaus ein Unverstandenes gefährliches Hindernis zur Entfaltung der russischen Weltanschauung gesetzt hat. Der Kaiser hat erklärt, daß gerade Kaiser Wilhelm damals dem Zaren bringen wollte, daß die russischen Freiheitskämpfer die besten Freunde seines Volkes nicht länger zu verfeindeten. Und weiter verfuhr der Kanzler, daß wir uns in die Entwicklung der russischen Verhältnisse, getreu unseren Grundbügen, uns jeder Einwirkung auf die innere Lage fremder Länder zu enthalten, in keiner Weise einmischen würden. Wir begreifen nur, daß dem russischen Volk in guter Nachbarschaft und Frieden zu leben. Diese Stimme aus dem Deutschen Reich wird jenseits der russischen Grenzspalte trotz aller englischen Umtriebe nicht ungehört verhallen können. Aber Amerika konnte der Reichskanzler nichts sagen — was wir schon alle wußten. Aber es war doch erfreulich, daß er Herrn Wilson und Herrn Lansing zu Gemüte führte, daß sie selbst Englands Vorgehensweise gegen uns als unethisch und nicht zu vertheidigen bezeichnen hätten. Sie die Wilson selbst England fest, nachdem sie ihm die Waffen geliefert hätten, selbst im Kampf gegen Deutschland in die Seite treten wollten. Für die Schiemen, die unter dem Druck unserer Feinde und besonders Amerikas, sich zum Abbruch der Beziehungen mit uns entschlossen haben, habe der Kanzler nur ausdrückliche freundschaftliche Bedauern.

Mit großer Freude hätte wohl das Gaus, was der Kanzler über die vorläufige militärische Lage an allen Fronten und über die Erfolge unseres U-Boot-Krieges kurz bemerkte. Er konnte sich hier kurz fassen, da unsere Oberste Seeresleitung uns in über alle Verordnungen auf dem Kaufen gehalten hat. Und nun kam das, was die zünftigen Politiker am meisten interessierte und den größten Teil der Ausführungen der Rede einnahm: die Frage der Neuorientierung auf dem Gebiete der inneren Politik.

Was hier im Zusammenhang der parlamentarischen Kämpfe der letzten Zeit stand, war die von den äußeren Kisten bis hin zum National-Liberalen hin verlangte sofortige Reform des preussischen Wahlrechts. Der Kanzler aber stand nach wie vor auf der Meinung, daß zwar eine Reform kommen müsse, daß sie aber während des Krieges hinter dem großen Zweck und Ziel, diesen zu einem glücklichen Ende zu führen, zurücktreten müsse. Millionen von Menschen ständen im Felde, könnten sich also an einem Wahlkampf nicht beteiligen. Und, wie das vorgeschlagen werde, ein Wahlrecht von Regierung wegen einfach, ohne die Volksvertretung zu fragen, einzuwirken, sei in diesem Zeitpunkt, wo das Volk um sein Dasein ringe, doch wohl nicht angebracht.

Während die Kanzlerrede, soweit sie die auswärtige Politik behandelt, in der Presse aller Parteien günstige Aufnahme findet, sind aus den Spalten der links stehenden Blätter Entschuldigungen. Man wirft dem Kanzler Unethik und Verleumdung des geeigneten Zeitpunktes der von ihm selbst als notwendig bezeichneten Reform vor und wiederholt sein Wort, daß im Reichstag mehrmals ein Zuspruch erteilt wurde. „Wespe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt.“ Auch zweifelt man, ob zu einer früheren Zeit die Regierung die Reform nicht durchführen wollen oder können. Die Völkische Zeitung gelangte sogar zu folgendem Schluss: „Wenn die Regierung vor sich wiederholt sein Parlament als die Vertretung des Volkes selbst die Reformen in die Wege leiten, und wichtiger als die Erklärungen des gaudierenden Kanzlers erscheinen uns Taten des entschlossenen Reichstages, wie die folgenden Vorschläge der Linken auszuwerten. Willentlich ist es dem Kanzler ganz lieb, wenn er einmal vor den Tatsachen gestellt wird. Vor der Regierung ist man im Gegensatz dazu mit der Vertagung der Reform, aber deren Art und Umfang fa auf den beiden inneren Fronten die weitgehendsten Meinungsverschiedenheiten

herbeiführen, vollständig einverstanden. Zutrieben ist man aber auch hier nicht mit Herrn v. Bethmanns Erklärungen. Die Kreuzzeitung fragt kritisch, ob nicht gerade die Rede Herrn v. Bethmanns vom 14. März im preussischen Abgeordnetenhaus die lebensfähigsten Erörterungen über das preussische Wahlrecht heraufbeizubringen habe.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. März.
Unter Ablehnung weiterer sozialdemokratischer Anträge nahm der Reichstag am 30. März das Gesetz über die Herabsetzung der Mindeststrafe des Militärstrafgesetzbuchs nach den Vorschriften des Entwurfs, die General von Langemann lebhaft befürwortete, einstimmig an und setzte dann die abgebrachte Aussprache über die innere Einleitung der Politik fort. In den einmütigen Anträgen ist noch ein Antrag Maß und Genossen (Fortf. Nr.) hinzugekommen, wonach der Reichstag beschließen soll, den Herrn Reichskanzler zu erlösen, unverzüglich dahin zu wirken, daß in allen deutschen Bundesstaaten eine konstitutionelle Verfassung geschaffen werde mit einer Volksvertretung, die auf allgemeinem, direktem, gleichem und geheimem Wahlrecht beruht.

Hg. Gaase (Soz. Arb.): Die Abfrage des Kanzlers war ein Weichheitsstück in das Gesicht der freien Wäfen. Wir denken nicht daran, mit einer Revolution zu drohen. Niemand verlangt einen Wahlkampf im Krieg, aber jeder Soldat wäre froh, wenn der Krieg nicht länger ein Bann neben dem Selbstmord sein würde. Ausland macht mitten im Krieg die gewöhnlichen Verhandlungsänderungen, und sollte im Krieg eine Wahlreform nicht möglich sein? Die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen wäre eine Entwürdigung alten Unrechts. Reichstag und Bundesrat müßten das tun. Wir fordern eine Amnestie für alle politischen Delikte. Die russische Revolution legt uns die Verpflichtung auf, ohne Rücksicht zu verhandeln, Verordnungen herabzusetzen einzustellen und zum raschen Abschluß zu bringen. Alle Staaten müssen erklären, daß sie

keine Anexionen und keine Kriegsentwöhnungen fordern. Der U-Boot-Krieg hat die Stimmung gegen uns beeinflusst. Wie will Zimmermann für Mexico Arizona und Neuwerk verhandeln? Wir verlangen sofortigen Waffenstillstand und den Beginn der Friedensverhandlungen unter Berücksichtigung von Anexionen und Kriegsentwöhnungen.

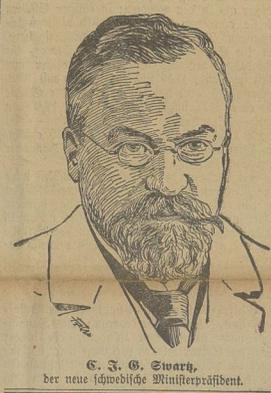
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann: An meiner Einführung nach Mexico ist starke Kritik geübt worden. Ich habe natürlich keinen Brief an Carranza geschrieben. Ich habe den kaiserlichen Gesandten v. Sünge beauftragt, Carranza ein Bündnis mit Deutschland vorzuschlagen und gleichzeitig Vermittlung für den Abschluß Carranza an dieses Bündnis anzubieten. Das alles geht nur dann, wenn Amerika uns den Krieg erklärt hätte. Die amerikanische Regierung hat sich auf nicht einmündige Weise meine Instanz verweigert. Unser Vorkämpfer erhielt keine Gelegenheit, unter Verbalen zu begründen. Unter Necht, uns nach Bundesgenossen umzuwandeln, kann nicht bestritten werden. Mexico liegt in freundschaftlichen Beziehungen zu uns, aber nicht zu Amerika. Zwischen Amerika und Japan besteht eine wohlbekannte Gegenliebe. Es war nicht nur mein Necht, sondern meine patriotische Pflicht, so zu handeln, wie ich es getan habe.

Hg. Dr. David (Soz.): Gaase behauptete, Deutschland könne den Frieden haben, wenn es auf Anexionen verzichte. Das ist nicht möglich, die Feinde wollen nicht. Die Erklärung des Reichskanzlers, daß Deutschland sich nicht in die russischen Verhältnisse einmischen will. Die Herren von der Rechten wollen auf ihre Vorrechte nicht verzichten. Darum sind sie gegen die Neuorientierung. So wie der preussische König das Wahlrecht schuf, so mag er es auch wieder heiligen. Gewissen Sie ein konstitutionell-demokratisches Gewissen, damit wir einstimmen können in den Ruf: Deutschland in der Welt voran!

Hg. Dove (Fortf. Nr.): Den Ausführungen des Kanzlers über die auswärtige Politik stimmen wir durchaus zu. Es ist erregend, daß alle Parteien die Verleumdungen wiederholen, als ob Deutschland sich in die inneren Angelegenheiten anderer Völker einmischen würde. Wir haben auch mit Freude gehört, daß der Kaiser

1905 dem Zaren die Einführung verfassungsmäßiger Zustände nahegelegt hat. Hoffen wir, daß in Zukunft die wirtschaftlichen Beziehungen wieder angeknüpft werden. Wir haben das größte Interesse an den inneren Zuständen im großen Bundesstaat Preußen. Der Reichskanzler war nicht durchaus ablehnend gegen das Streben nach einer Demokratisierung des Wahlrechts. Er meint, der Augenblick sei noch nicht gekommen. Hoffentlich kommt die Stunde bald. Er soll beweisen, daß er Verständnis für den Geist der neuen Zeit hat.

Hg. Schiffer (nat.): Vor allem muß mit der Wahlrechtsfrage so rasch wie möglich Ernst gemacht werden.



G. J. G. Swach, der neue schwebische Ministerpräsident.

Hg. v. Graefe (Kon.): Wenn Sie (nach links) das preussische Wahlrecht für so rückständig halten, warum ändern sie dann nicht vor allem das Kommunalwahlrecht?

Hg. Hertig (Fortf. Nr.): Verbesserungen des preussischen Wahlrechts sind gewiß notwendig, aber so dringlich, daß sie mitten im Krieg vorgenommen werden müßten, sind sie nicht. In jedem Falle aber ist die Wahlrechtsreform eine innerpreussische Angelegenheit, in die der Reichstag nicht hineinzureden hat.

Hg. Seebach (Soz. Arb.): Mit dem Reformgesetz ist nichts getan, Reformarbeiten müssen gefahren. Nicht nur die Parlamentarierregierung, sondern die Republik ist für uns das unbedingt erstrebenswerte, unvermeidliche Ziel, und ich bin überzeugt, wir werden in kurzer Zeit dahin kommen. Die bürgerlichen Parteien stehen vor der Schwachfrage, ob sie zurückweichen wollen, wenn es soweit sein wird, auch in Deutschland grundsätzliche Änderungen herbeizuführen und die demokratische Republik ein für allemal gegen alle Anfechtungen unverrückbar auf dem Boden des Volkswillens fest zu verankern.

In namentlicher Abstimmung wird der national-liberale Antrag (Verfassungsausssch.) hierauf mit 227 gegen 33 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Alle vorliegenden Anträge werden hierauf dem neuen Ausschuss von 28 Mitgliedern überwiesen, mit Ausnahme der Anträge der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf schleunigen Abschluß eines Friedens für politische Delikte. Die Glais werden bewilligt.

Darauf verlegt sich das Gaus bis zum 24. April.

Verschiedene Kriegsnachrichten.
England braucht Soldaten.
Im englischen Unterhaus bezeichnete Bonar Law die neue Vorlage über die Militärdienstpflicht als durchaus notwendig. Die Regierung behaupte die Güte der neuen Bestimmungen für andere Personen, aber man habe keine andere Wahl, die Armee brauche weitere 100.000 Mann, um die Stärke zu erreichen, die man zugrundegelegt für die Pläne, die man zu dem gegenwärtigen Zeitpunkt im vorigen August aufgestellt hatte. Wenn der Mangel an Mannschaften nicht gedeckt werde, würden diese Pläne ernstlich gefährdet sein. Die Armeen lassen

sich aber nicht anders decken als durch eine zweite Unterlegung der bisher für Militärdienst untauglichen. Die Zahl dieser beträgt nahezu eine Million. Unter ihnen hoffe man die fehlenden 100.000 Mann zu finden. Freilich gehören Beruendete und Invaliden zu ihnen, aber auch viele Simulanten.

Die schwimmenden Festungen mühsam.
Sourcouf, Mitglied der französischen Glotationskommission, schreibt in der Marburger der „Neue“: Das U-Boot hat alle alten Lehren aller Flotten umgeworfen. Ohne Rücksicht auf die dabei schnell handelnd. Was mühen heute noch die gemaltigen Flotten von Schiffsbauern und die schwimmenden Festungen der Mittelmeerflotte, die uns bisher die Seeoberfläche sicherten? Aufgehoben sie in Schutze der Meeres und der herannahende Feind vertritt sie ein. Wenn wir den Gegner sich noch weiter entwickeln lassen, dann werden diese Einzelpiraten eines Tages die Schlachtschiffe besiegt haben.

Italienische Rufe nach Hilfe.
In bezüglichen Briefen rufen die italienischen Blätter die Verbündeten zu raschiger Hilfe gegen etwaige deutsch-österreichische Angriffe an der italienischen Front auf. „Was soll die einheitliche Front sonst bedeuten?“, fragt „Giornale d'Italia“, „als dort Hilfe zu bringen, wo der Feind am meisten droht! Wenn Deutschland und Österreich kommen, dann können unsere Angriffe verfallen und Staaten wird ein Augenblick für alle künftigen Fronten.“ „Giornale“ schreibt: Gute Absichten und Beziehungen genügen nicht, es muß beiseite vorgeführt werden. Unter unseren Armeen müssen schon jetzt die Rekruten der Bundesgenossen folgen. In 10, 15, ja 20 Divisionen bereitgestellt werden.“ Ebenso schreibt die „Perseveranza“: „Wir rufen die Bundesgenossen nicht zu Hilfe für die Zwecke unserer Offensiv und auch nicht zur Hilfe gegen Österreich allein, aber gegen einen Angriff überwallender Massen müssen wir Hilfe haben.“ — Das gleiche Urteil in so vielen Wäfen zugleich erlassen, macht deutlich den Eindruck, daß sie der Regierung erwünscht sein müssen.

Politische Rundschau.
Deutschland.
Die Heranziehung der Österreichern und Ungarn zum heftigen Schliss — die es soll durch eine bevorstehende Bundesratsverordnung verfügt werden. In Österreichern können auf Grund der dortigen Kriegslieferungsangelegenheiten Beziehungen zu verschiedenen Kriegseinstellungen herangezogen werden. Es ist nun zwischen dem Deutschen Reich und Österreichern vereinbart worden, daß auch die in Deutschland lebenden Österreicher und Ungarn zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden dürfen.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat Kohlenausgleichsstellen in Gien, Mannheim, Halle, Juidau und Statowitz errichtet. Die Kohlenausgleichsstellen haben die bei ihnen einlaufenden Beschwerden über unzureichende Lieferungen der Produktionsstellen auf ihre Berücksichtigung hin zu untersuchen und gegebenenfalls für Abhilfe zu sorgen. Dem Betriebsrätern muß daher dringend empfohlen werden, sich nach wie vor in erster Linie an ihre bisherigen Vertreter zu wenden, und nur dann, wenn diese verlagen, an die Kohlenausgleichsstellen heranzutreten.

England.
Ministerpräsident Lloyd George erklärte einer Abordnung der Frauenrechtlerinnen, es sei sicher, daß eine überwallende Mehrheit des Unterhauses sich für das Franchise Reform Act entscheiden werde, für das auch die Regierung eintrete.

Frankreich.
Nach einer öffentlichen Erklärung des Generalgouverneurs von Algerien haben sechshundert Stämme in großer Zahl die Grenze überschritten und sind weit ins Innere der Bezirke von Algier und Konstantin gebrochen. Natürlich behauptet die Pariser Presse, daß die Stämme von deutschen Agenten aufgestellt worden seien.

Schweiz.
In der Debatte über die Eingabe an den Nationalrat betreffend die Friedensbemühungen erklärte Bundesrat Hoffmann zum Schluss: „Der gegebene Augenblick zur Vermittlung ist noch nicht da, weil auf jeder

Seite der Kriegsführer heute noch der unumstößliche Glaube vorhanden ist, daß gerade jetzt die kriegerische Entscheidung mit verhängnisvollem Ergebnis kommen soll. In solchem Augenblick die Kriegsführer anfallen wollen, bedeutet nur unvorsicht in unauflöslichen Hinterlagen. Der Bundesrat darf sich daher nicht binden, er muß die Freiheit behalten, je nach den Umständen nach der einen und anderen Richtung zu handeln.

*Nach dem Waller Anzeiger sprach das feierlich besetzte deutsch-schweizerische Schiedsgericht in Interbellien der beiden Schweizer, die Oster der Inselrepublik Saffler wurden eine Geschäftsbildung von 150000 mit 460000 James den Verleuten ein Schmerzensgeld von je 6000 Franc zu.

Zwien.
*Das Ministerium des Äußeren veröffentlicht eine Note, die sich auf die spanische Schiffe bezieht, die in die Häfen der Westindien, insbesondere Guaymas, flüchten. Der spanische Wollhafter in Berlin berichtet, daß die deutsche Regierung geneigt ist, die Ausreise dieser Schiffe von England zu garantieren. Diese Schiffe könnten die Blockade während fünf Wochen unter gewissen Bedingungen ohne Gefahr durchqueren, insbesondere unter der, daß die Wieder sich verpflichten, keine Schiffe mehr in die verbündeten Häfen zu schicken. Es wird eine Revision gefordert, nämlich die Hinterlegung von 500 Mark pro Tonne der die englischen Häfen verlassenden Schiffe bei einer deutschen Bank. Die spanische Regierung soll außerdem erklären, daß sie sich nach der Kriegserklärung begehenden Schiffe vom Staat nicht veräußern würden. Der Vorstoß der deutschen Regierung wurde angenommen und die Verhandlungen dauern fort.

Polen.
*Noch immer laufen die Nachrichten aus Warschau rechtlich. Es ist schon bekannt, daß das Haus Manow sich mit der neuen Regierung ausgehört hat. Während alle Mitglieder des Hauses dem neuen Regime den Treue leisteten, beugte bei einem Gottesdienst in Jaroslaw Selo der Jar als erster die Krone, als das Gebet für die provisorische Regierung gesprochen wurde. Der Jar befindet sich übrigens in keiner Gefangenschaft, in der er Herr Dzierzki stützt wird, verhältnismäßig wohl. Die neue Regierung beschäftigt sich übrigens lebhaft mit dem Schicksal Polens. Es wurde eine Kommission eingesetzt, um die politischen Angelegenheiten zu regeln. — Der Gehaltsausfluß der Arbeiter erklärt in einem Manifest, das angenommen wurde, daß die Arbeiter umfassen über fünfzig: 1. keinen Sonderfrieden; 2. einen Weltfrieden auf Grundlage der Selbstverwaltung jeder Nationalität; 3. internationale Schiedsgerichte und 4. Einigung der Völkern.

Griechenland.
*Das Ministerium des Äußeren ist offenbar zu der Überzeugung gelangt, daß die Italiener die besetzten griechischen Gebiete nicht wieder verlassen werden. Die Regierung erhob daher bei den Geländen des Werberverbandes Vorstellungen wegen der Vorgänge im Süden der neutralen Zone in Albanien und im Grenz. Die griechische Regierung hält die herkömmlichen Vorstellungen des italienischen Geländes nicht für verbindlich. Sie bezieht die Befragung von Santho durch die Italiener werde im Lande einen schlechten Eindruck machen.

Amerika.
*Wie die Wälder mitteilen, ist zwischen Paris und amerikanischen Wäldern eine neue französische Anleihe von 100 Millionen Dollar zum Abschluß gebracht worden. — Vor wenigen Tagen schreiben noch die amerikanischen Wälder im Kriegszustand, was die französische Anleihe von 100 Millionen Wälder nicht für sich selbst leisten. Aber die Wälder der Projekte ist auch in Amerika immer viel mühsamer und höher als die schöne Rede und Schreie: man begnügt sich mit 500 Millionen Franken zu guten 5 1/2 %

Drohnen.
13) Roman von M. Verges.
(Fortsetzung.)
Sie kennen die Welt vielleicht nicht so, wie ich sie kenne und unsere Gegner Herr Doktor. — Der Kommerzienrat hat den Mann seiner Haare von sich. — Nicht ohne Absicht hat Ihr Gegner mit dieser sensationellen Enthüllung bis zur letzten Stunde gewartet. Sie verflucht und segnet. Die Schuld der Väter vererbt sich bis ins vierde Glied!
Empört sprach Doktor Falles von seinem Wange auf und rief mit der Gerangung bebender Stimme: „Der Kommerzienrat, Sie dessen Genüme, dessen Gesellenbild ich vor aller Welt rühme. Sie können den Sohn für das Verantwortlich machen, was der Vater getan!“
„Verständlich mache ich Sie nicht für die Schuld Ihres Vaters verantwortlich,“ entgegnete der Kommerzienrat abfällig. „Aber ich bin Sie. Die Gesellschaft, das benehmt Ihnen Ihr Gegner, macht Sie für die Bergangenheit verantwortlich. Sie greift Ihre Familienverhältnisse auf, um Sie zu vernichten. Sie sucht mit den Wäldern und nennt Sie den Sohn Ihres Vaters. Der Gesellschaft, das dürfen Sie nicht glauben, sind persönliche Verdienste niemandes zu behebend, um erredete Unglücksfälle darüber zu veranlassen.“
„Sie, diese Gesellschaft!“ sagte der Doktor und ließ sich hinter in einen Stuhl fallen, „sie sieht sich in Eigentum und Privileg von ärgersten Feinden bedroht, die Säulen, auf denen ich

Säuglingssterblichkeit in Deutschland.

Verühigende Zahlen.
Die auf- oder absteigende Kurve, in der die Säuglingssterblichkeit in einem Lande sich bewegt, ist kennzeichnend für die Volksgesundheit in diesem Lande. Die Zahl der Säuglingssterblichkeit auch bekannt für die Frage, ob die Ernährungsverhältnisse den wichtigsten Bedürfnissen des Volkswohls entsprechen oder nicht. Da Deutschland gerade in der Ernährungsfrage Änderungen und Einschränkungen durchgemacht habe, wie sie in vieler Hinsicht gar nicht größer sein könnten, werden wir die Veränderung von der heimischen Seite die Veränderung der Bevölkerung, der Volksziffer, hierunter eingehend beleuchten können.

Von diesem Gesichtspunkte aus verdienen die neuesten amtlichen Feststellungen über die Säuglingssterblichkeit in Deutschland zur Fragestellung ein ganz besonderes und allgemeines Interesse. In Frage kommenden statistischen Erhebungen über die Jahre 1914 und 1915 sind abgeschlossen und zeitigen erlautlich günstige Ergebnisse. Als Maßstab zur Messung der Abnahme der Säuglingssterblichkeit im Jahre 1915 — denn um eine solche handelt es sich gegenüber dem Jahre 1914 — wurde die Berechnung der Zahl der Sterbefälle im ersten Lebensjahre auf je 100 Lebendgeborene für jedes der beiden Vergleichsjahre benutzt. Die einjährige Sterblichkeitsziffer hat sich demnach um 1,3 auf je 100 Lebendgeborene vermindert, denn sie betrug im Jahre 1914 15,3, im Jahre 1915 hingegen nur 14,0.

Dieses Ergebnis ist um so erfreulicher, als eine so niedrige Säuglingssterblichkeit wie die des Kriegsjahres 1915 bisher überhaupt noch in keinem Jahre im deutschen Reich beobachtet werden konnte. Im Allgemeinen war die Abnahme der Säuglingssterblichkeit auf dem Lande größer als in den Städten; in einigen Städten ist sie auch von 1914 auf 1915 nicht zurückgegangen. Dies gilt zum Beispiel für Dresden, wo die Säuglingssterblichkeit 1916 betrug, im Vergleich mit der Säuglingssterblichkeit von 1915 im Jahre 1915 und vier Dutzend mit 19,2. Umgekehrt aber hat sich die Zahl der Städte mit einer Säuglingssterblichkeit unter 12,0 von zwei — Frankfurt a. M. und Bremen — im Jahre 1914 auf sieben im Jahre 1915 erhöht, auf Hamburg, Dresden, Düsseldorf, Hannover und Stuttgart hinzugekommen sind.

Der Rückgang der Säuglingssterblichkeit wird zum Teil den günstigen Temperaturverhältnissen in den Sommermonaten 1915 zugeschrieben, bildet aber zugleich den einwandfreien Beweis dafür, daß unsere Kriegsernährungsverhältnisse das Leben der Säuglinge in keiner Weise bedrohen.

Von Nah und fern.
Einschränkung des überseeischen Viehverkehrs. Die Viehförderung aus Deutschland nach überseeischen Ländern, die bisher fast ausschließlich nach Australien und Südamerika abging, ist durch die neuerdings eingetretenen Maßnahmen der kriegsführenden Mächte und die hierdurch hervorgerufene große Einschränkung des überseeischen Schiffsverkehrs noch weiter vermindert. Das Ministerium wird daher auf nun, diesen Umständen bei der Abwicklung eines überseeischen Viehverkehrs zu berücksichtigen, den Zeitungsberichten nach, die nach dem neuesten Stand der Dinge zu beschränken und insbesondere von der Abwendung wichtiger für Abnehmer oder Empfänger wertvolle Schriftstücke aus, vorläufig abzulehnen.

Graf Willekt als Feldbauer. Eine früher viel genannte Persönlichkeit beherbergt jetzt die Stadt Glogau in der Provinz Posen. Graf Willekt, des aus dem kaiserlichen Kriegskolonnen Majoraten, von Wroblensko. Der junge Graf, der in Breslau eine Gymnasialzeit beendet hat, wird bei einem Glogauer Truppenteil eintreten.

Professor v. Wendtens für tot erklärt. Das Amtsgericht Breslau sprach die Todeserklärung des Breslauer Nationalpolitikers, ruft, sieht sie erschütternd, und sie bleibt dielebe. Sie mecht, je dränger die Gefahren sich gegen sie nähern, nämlich durch eigene Schuld die Zahl ihrer erkrankten, kranken Freunde und ruft sich das Volk mit uns bedenklichen Gedanken mit der Kommerzienrat, die Akademie der Gesellschaft, das ist der Feind, die eingehenden Privilegien und die Vorteile der Gesellschaft aber sind Wasser auf die Mühle des Unmuzzes. Meist sie aus eurem Zuhlen, diese Vorteile, und die nehmst der Genatt die Waffe aus der Hand.
„Sie handelt sich hier um Sie und Ihre Stellung in der Gesellschaft,“ erinnerte der Kommerzienrat.
„Ich habe ihr zu viel geboten, den Kopf höher getragen, als es ihr beliebt, das mich der Gegner hier angreift, finde ich schließlich verstandlich, denn er will die Gesellschaft, deren Wählerkreise ich bin, mit mir treffen, das aber die Gesellschaft mich im Stiche läßt, Herr Kommerzienrat, das tut mir weh!“
„Was wollen Sie,“ meinte der Kommerzienrat, unruhig auf seinem Platze rühend. „Die Gesellschaft von heute ist die von morgen; was die heutige fallen, die von morgen wird die ähnlich sein. Doch zur Sache. Baron Trems und sein Anhang nicht Sie nicht, er hat es erachtet, Wäldern ist die Wahl, ich habe, sonst hätte ich Ihnen geraden, zurückzutreten.“
„Sie, der Vater bedingst,“ rief Doktor Falles erlebend aus. „Sie können mir diesen Rat geben, das schmerzt!“
„Ich hätte Ihnen den Rat gegeben, um Sie vor einer Niederlage, die unter diesen Umständen

Professors v. Wendtens aus, nachdem glaubhaft gemacht worden ist, daß Wendtens als Hauptmann in der Schlacht bei Dünaburg, schon verstorben, angenommen wurde nach seiner Einlieferung im Lazarett zu Calais verstorben ist.

Wiedereröffnung der Schiffsahrt Berlin-Stettin. Der Hohenzollernkanal ist jetzt für die Schiffsahrt frei geworden. Auf der unteren Oder sind noch Eisbrecher tätig, um die letzten Eisschichten aufzubrechen, so daß in einigen Tagen die Schiffsahrt zwischen Stettin und Berlin wieder aufgenommen werden kann. Fast alle Frachtschiffahrtsschiffe haben die Frachtkraft um 50 % erhöht.

Der älteste Inhaber des Eisernen Kreuzes erster Klasse von 1870, der ehemalige Kommandeur der 7. Kavallerie-Brigade in Ulm, Generalleutnant a. D. Ludwig Wagner von Frommenhausen, ist im Alter von 88 Jahren in Stuttgart gestorben. Der Verstorbene hatte sich das Eisene Kreuz bei Wilfers erworben.

Städtische Sandwerkzeuge in Zeitz. Im Sandwerkzeugfabrik des Zeitzer Bezirkes wird demnach die Einstellung türkischer Belegene erfolgen. Bereits 28 Meister haben sich zur Einstellung türkischer Belegene bereit erklärt. Die Gewerbestamm Jütta bekräftigt nicht, daß in späterer Zeit Land der Wälder Lohn sein wird; sie hofft und glaubt vielmehr, daß auch in den Sandwerkzeugen der hebräischer Nationen ein reger nachteiliger Werteh entstehen wird, da es zweifellos viele junge deutsche Sandwerkzeugen nach dem Orient ziehen wird.

Zeichnet die sechste Kriegsanzleihe

Städtische Gelpzuzücherei. Die Stadt Kassel hatte im September v. J. beschloßen, eine Gelpzuzücherei einzurichten. Als geeignet zur ersten Umlauf erwies sich ein Keller von 600 Quadratmetern Fläche. Mit Hilfe von zwei freigelegenen französischen Chemikern schickten wurde die Arbeiten erledigt. In den letzten Dezembertagen konnten die ersten Wälder geerntet werden, und jetzt wird bereits mit einer täglichen Ernte von 40–50 Pfund gerednet. Es sind noch zwei weitere größere Keller in Betrieb genommen worden. Die Wälder kommen auf Selbstmitferren zur Verteilung, und zwar wurden bisher 100 Gramm für je eine Person am Preise von 1,50 Mark das Pfund abgegeben.

Zwangsentwägung auf einem Großgrundbesitz. Als eine Folge der neuen Wirtschaftsmassnahmen darf das Vorgehen der Wäldern Wirtschaftlichkeitsstelle gegen einen absehbaren Grundbesitzer im Streit werden angesehen werden. Der Kreis hat ihn, da er schon im vorigen Jahre sehr große Flächen seines Viehbesitzes unterhalb hat liegen lassen, jetzt vorläufig 100 Morgen Ackerland enteignet, um sie selbst zu bewirtschaften.

Das Ende eines Jähls. Im Strassenort in Bambergshire wurde vieler Tage den Gelpzuzücherei Feinmetz das Vieh vieler Tage das Land an beherrschende Anordnung in Zwangsrichtung vergehen. Die alten Wälder, Sonderlingen, hatten sich seit Jahrzehnten abgefahren von der Welt und alles vernachlässigt. Ihre sieben Stück Vieh, von denen sie sich nicht zu trennen vermochten, sind zusammen hundert Jahre alt. Die Schweine hatten bei ihrem Alter von 10 Jahren besondere Formen angenommen. Wälder und Ferkeln waren seit 20 Jahren nicht mehr bestellt und die Fütterung deshalb sehr mangelhaft.

Kein Petroleumverkauf in Holland. Der holländische Landwirtschaftsminister hat vorläufig jeden Verkauf und Einfuhr von Petroleum und Galolin verboten.

28 000 Kilo Brenngas. Pariser Wälder melden, daß die Deutschen bei der Mäzung des Waldes von Coucy 28 000 Kilo Spreng-

stoff zur Explosion brachten. Infolge der Explosion sei die ganze Ebene wie mit Asche bedeckt worden.

Am Ausguck.

Frankreichs Lebensmittelmittel.
Die Zeiten, wo man in den Pariser Boulevardblättern täglich die lustigen Witze über das deutsche Kriegesbrot fand, sind längst dahin. Auch die Franzosen haben sich an das A. F. Brot gewöhnen müssen. Aber das A werden sie sehr rasch werden. Die Lebensmittelnot in Frankreich sollen nach Mitteilungen, die über London herüber gelangen, äußerte Belgierinnen erregen. Die französischen Häfen, die noch vor einigen Monaten überflutet waren mit Waren und Lebensmittel, sind leer. In manchen Häfen befindet sich kein einziges volles Depot mehr. Der Schiffsahrtverkehr ruft fast vollständig. Die Güter, die noch ankommen, sind für das Meer bestimmt. Kosten, die durch Frankreich nach Italien gehen sollten, wurden auf Anordnung der französischen Regierung angehalten und französischen Munitionsfabriken zugeweiht. Damit diese mit ihren Vertrieben anhalten brauchen. Und das haben mit ihren Korpedos die U-Boote getan.

Die Fregate Paris.
Von höchsten politischen Interesse ist ein französischer Ausstellungsbesuch, den ein französischer lebender Deutscher laut dem vorgeordneten Text am 2. Tage der Mobilungung“ erzielte, und dessen Kenntnis wir einem Ausstellungsangelegenheiten verbanden, der ihn nach Deutschland brachte. Bedenken an diesen Anschluß ist zunächst, daß Paris als „Republikaner“ bezeichnet wird, im Gegensatz zu allen amtlichen französischen Ausstellungen, die immer wieder den Fregatecharakter der französischen Hauptstadt abzulernen versuchen. Noch wichtiger ist jedoch die Tatsache, daß auf dem bereits im vorigen fertigelegenen Schiene die Ausweitung nur für Deutsche, Herreder und Engländer vorgesehen war, nach dem Willen der Deutschen. Darum geht hierher, daß Italien's Abfall vom Dreieck eine längst beschlossene Sache war, von der die französische Seeresetzung keine im Frieden gewohnt hat. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß die französische Grenzauflage den größten Wert darauf legte, die Wälder eines letzten Ausstellungsbesuches über die Grenze zu verhindern.

Englische Wälder-Gier.
Wir möchten uns sehr, welche künftigen Wälder die Engländer immer wieder den Neutralen aufzubringen suchen. Aber was sie der Mittelkraft und der Zeitgleichzeit ihrer eigenen Landeste amme, ist manchmal noch viel toller. Zu der Verwirklichung des deutschen Wälderabfalls über die Wälder der „Wälder“ streitet die „Wälder“. Es ist zwar kein vollständiger Bericht über das „Wälder“ und mörierte Handelsblätt, dessen Erträgen im Wälder unter Amiralität am 4. Dezember antändigte, erziehen, aber Leute, die als Gelongane an Bord waren, bezeichnen dies Schiff als sehr verächtlich von der „Wälder“. Einige gingen sogar so weit, zu behaupten, es sei der alte geliebte „Wälder“ der „Wälder“. Es ist es merkwürdig, daß Anfang letzten Oktobers der Tod des Captain Graf Dohna angezeigt wurde, der die „Wälder“ auf ihrer ersten Fahrt befehligte und durch eine französische Bombe getötet sein soll, als Führer eines Bataillons des 35. Infanterie-Regiments. Unter diesen Umständen muß die neue deutsche Gründung, mindestens zurzeit, als eine der Wälder angesehen werden. Das Wälderblätt der der Sache ist, daß dieser Aufbruch von Wäldern in weiter Ferne geplant wird, trotzdem nicht viel Male dazu gehört, um zu rufen, daß die „Wälder“-Gier der „Wälder“ oberhalb sind.

Ein zünftiger Sonderfrieden?
In der Amsterdamer Wälder laufen wieder einmal Gerüchte um, die einen neuen Sonder-

Von den Kriegs-Schauplätzen.

Großes Hauptquartier, 30. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Strasse des Artilleriekampf lebhaft. Ostlich von Neuville-St. Vaast griffen kanadische Regimenter unsere Stellungen an, während der Nacht an, sie sind stets verlustreich zurückgezogen worden, einige Gefangene in unsere Hand geblieben. Weiderters der Straße Peronne-Suis wichen unsere Sicherungen nach Oeseft mit stärkeren englischen Kräften in der Linie Raucourt-Court aus. Nordöstlich von Solifons verdrängten französische Bataillone dergleichen, bei Neuville und Margival Boden zu gewinnen; unsere Posten wiesen sie verlustreich ab. Im Aisne-Marne-Kanal besetzten Anstaltungen zwischen Capignoul und La Neuville auf einen sich vorbereitenden Angriff, der durch unsere Batterien niedergeschlagen wurde. In der Champagne sind gleichfalls Bereitstellungen französischer Angriffs für die nächsten Tage zu erwarten. Im Barroy-Walde (Schlänger-Tal) haben unsere Stütztruppen dreizehn Gefangene aus den feindlichen Gräben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Westlich von Dinaburg schickte ein Angriff mehrerer russischer Kompagnien in unserer Feuerlinie. An der Front des Generaloberst Erzhirzog Josef und bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen keine Ereignisse von Belang.

Mazedonische Front.

Eckundungsabteilungen eroberten bei einem Vorstoß in die französischen Gräben zwischen Dababa und Prespa - See mehrere Schellenabgewehr und reichliche Munitionsvorräte.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Großes Hauptquartier, 31. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein nächstlicher Vorstoß englischer Abteilungen beiderseits von Loos schickte im Nahkampf. Lebhafte Artilleriewirkung begleitete den Angriff englischer Bataillone zu beiden Seiten der Straße Peronne-Suis. Drei Metern-Couture wurde der Feind abgewiesen, weiter nördlich erreichte er Dendcourt und Sie. Emilie. Die Franzosen erlitten in Gefechten nordöstlich von Solifons einen ersten Feuerlärmere Verluste. An der Champagne wurde um die Höhen südlich von Ripont hartnäckig gekämpft. An den Flügeln seines Angriffstreffens wurde der Feind abgewiesen, in der Mitte drangen seine Sturmtruppen für einige Stunden in unsere Gräben, die dann durch die Sturmtruppen der 1. Division und jüden Ausharner bewahrt dort stehenden Divisionen vom Feinde wieder gekümbert wurden.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

In einigen Abschnitten, vornehmlich an der Schifara, am Stochod und an der Ala Ala nahm die Tätigkeit der russischen Artillerie zu, gegen unsere Stellungen vordringende Spandortlungen sind zurückgewiesen worden. Einige Unternehmungen südlich von Wjshly und nordöstlich von Tomogrodok verliefen glänzend; mehrere Geschützer wurden gefangen, 75 Gefangene und 5 Minenwagen erbeutet.

Front des Generaloberst Erzhirzog Josef.

Im Bistritz-Tal wurden bei Vorstößen in die russischen Gräben östlich von Kriklaba und südlich von Metecanest über zwei Minenwagen gefangen und mehrere Maschinengewehre erbeutet.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen und an der mazedonischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Großes Hauptquartier, 1. April.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Lens und Arras sind in breiter Front gestärkte Vorstöße frischer englischer Eckundungsabteilungen gefolgt. Ein Angriff nach der Seite auf das von uns behaltene Dorf Henin für Cajuel (südöstlich von Arras) wurden abgewiesen. Zwischen der Straße von Peronne und Bouzoucourt und der Mitterung des Dünkel wurden die Engländer in verlustreichen Gefechten ihre Stellungen bis 3 Km. vorgeschoben. Längs der von Solifons nach Nordosten führenden Straße fanden gestern unsere Batterien und Maschinengewehre beim Vorgehen und Zurückziehen französischer Angriffsgruppen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Unsere Flieger brachten zwei Feindballons brennend zum Abflug und besaßen Kruppengerät im Gernabogen wirkungslos mit Bomben.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

die keinerlei Erfolg errangen, löhnende Ziele. Einige Eckundungsvorstöße nördlich von Steims brachten uns ohne Verlust eine Anzahl Gefangener. Nachts versuchten feindliche Abteilungen südwestlich von Combes, östlich von St. Mihiel und im Barroy-Walde in unsere Gräben zu bringen; sie sind überall sofort vertrieben worden.

Großes Hauptquartier, 2. April.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Arras und Aisne haben sich gestern und heute morgen Gefechte entsponnen, namentlich südlich von den Bataillonen auf Croitilles und auf Combral führenden Straßen, sowie auf beiden Somme-Ufern westlich von St. Quentin. Engländer

französische Angriffe in der vollen Wirkung unserer mit dem Gelände bis ins einzelne verteilten Batterien nur verlustreich und wenig vorwärts. An der Champagne hielt das Bemerkenswerte unserer Artillerie gegen die Bereitstellungsgräben einen Angriff der Franzosen gegen die Höhen südlich von Ripont nieder.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

In der Dina wurde ein russischer Vorstoß durch Feuer vereitelt. Westlich von Cuck hatten bei Soinjich unsere Sturmtruppen mehrere Gefangene aus den feindlichen Gräben.

Front des Generaloberst Erzhirzog Josef.

An der Ludowa in den Waldkarpaten gestörten einen Erkünder bei einer ihrer zahlreichen Streifen in der Richtung angelegte Feindminenfeld durch Sprengung. Gegen die Grenzabhäuser zu beiden Seiten des Uj-Tales setzten die Russen nach harter Artilleriewirkung zu einem Angriff in 7 Kilometer Breite an. einer Stelle im Nahkampf, zusammen. Kleinere Vorstöße leitlich des Hauptangriffs scheiterten gleichfalls.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

In der Seen-Enge blieb ein feindlicher Eckundungsvorstoß erfolglos. Südwestlich des Dairan-Sees drang ein Sturmtrupp in die englische Stellung, machte einen Teil der Befestigung nieder und kehrte mit mehreren Gefangenen zurück.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Vermittlichtes.

Am 1. April ist eine Nachtragsbekanntmachung zu der Bekanntmachung Nr. Ch. II. 888/7, 16 KRA. vom 8. August 1916 betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder in Kraft getreten. Die Beschlagnahme von Leder in Kraft zu beiden Seiten der Werke mit den bei einer Gerberei, Zucht- oder Gerbereivereinigung beschlagnahmten Lederarten in hener Weise geregelt wird. Die bisher den beauftragten leitenden Beschäftigten und Marinereverwaltungen gewährte Erlaubnis, gegen den Ausweis einer amtlichen Beschlagnahmestelle beschlagnahmtes Leder kaufen zu dürfen, ist in Wegfall gekommen. Im Zukunft ist die Beschaffung und Ablieferung von beschlagnahmtem Leder nur noch gestattet, entweder auf Grund einer schriftlichen Anweisung des Lederverwaltungsamtes der Kriegs-Rahf-Behörde des Königlich Preussischen Kriegsministeriums; oder von einer Gerberei oder Gerbereivereinigung auf unmittelbare Bestellung des Verwalters in der Bekanntmachung leitender Beschäftigtenstellen der Heeres- und Marinereverwaltung; oder auf Grund eines vom Lederverwaltungsamt der Kriegs-Rahf-Behörde ausgestellten Freigabescheines. Die Anweisungen des Lederverwaltungsamtes an die Firmen werden lediglich auf Grund amtlicher Feststellungen des Bedarfs amtlicher Beschäftigtenstellen erteilt und haben vor allen anderen Lieferungsverpflichtungen der Gerbereien den Vorrang. Der Wortlaut der Nachtragsbekanntmachung kann bei den Landratsämtern, Kreisdirektionen und Polizeibehörden eingesehen werden und ist in den amtlichen Zeitungen und in ersichtlicher Weise veröffentlicht worden.

Am 1. April ist eine Bekanntmachung in Kraft getreten, durch die Höchstpreise für Naturrohr (Glanzrohr, Strohrohr, Korbohr, Malakkarohr), Weidrohr, Flechtrohr, Rohrstricken, Rohrbündel, Strohballen, (Strohballen, Foddenballen), Weiden, Weidenbüschel, Weidenzweigen und Weidenrinde festgesetzt werden. Die einzelnen für die verschiedenen Sorten bestimmten Preise ergeben sich aus der Höchstpreistabelle in der Bekanntmachung, die nach eingetragene Bestimmungen über die Art der Berechnung der Preise enthält. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ersichtlicher Weise veröffentlicht worden und kann bei den Landratsämtern, Kreisdirektionen und Polizeibehörden eingesehen werden.

Deutsche Industriearbeiter!

Der lange Frost und hindernde Umstände haben die Fertigstellung wichtiger Kriegsarbeiten verzögert. Es wird erwartet, daß jeder der Aufforderung seiner Werkleitung, falls diese eine Weiterarbeit an den Feiertagen für erforderlich hält, willig nachkommt. Es kommt auf die Kraft eines jeden einzelnen an.

Der stellv. Kommandierende General des IV. Armeekorps:

Fhr. v. Lyncker, General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Im Interesse der Volksernährung sind den gegenseitigen Lieferhältnissen unweiblich als solche Arbeiten anzusehen, die in Notfällen oder im öffentlichen Interesse unverzüglich vorzunehmen werden müssen. Das Verbot des § 8 der Festgesetzungen vom 27. Oktober 1905 über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage findet deshalb nach § 2 Nr. 1 derselben in diesem Jahre auf sie weder des Sonntags noch an den Feiertagen (Karfreitag, Oster, Himmelfahrt und Pfingstfest) Anwendung und müssen, soweit es die landwirtschaftlichen Arbeiten erfordert, die landwirtschaftlichen Arbeiter auch an diesen Tagen zur Arbeit kommen.

Magdeburg, den 26. März 1917.

Bereitschaft.

Quernart, den 28. März 1917.

Der Oberpräsident.

Der Königliche Landrat.

Aufruf!

Die lange Frost und hindernde Umstände haben die Fertigstellung wichtiger Kriegsarbeiten verzögert. Es wird erwartet, daß jeder der Aufforderung seiner Werkleitung, falls diese eine Weiterarbeit an den Feiertagen für erforderlich hält, willig nachkommt. Es kommt auf die Kraft eines jeden einzelnen an.

Der stellv. Kommandierende General des IV. Armeekorps:

Fhr. v. Lyncker, General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Im Interesse der Volksernährung sind den gegenseitigen Lieferhältnissen unweiblich als solche Arbeiten anzusehen, die in Notfällen oder im öffentlichen Interesse unverzüglich vorzunehmen werden müssen. Das Verbot des § 8 der Festgesetzungen vom 27. Oktober 1905 über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage findet deshalb nach § 2 Nr. 1 derselben in diesem Jahre auf sie weder des Sonntags noch an den Feiertagen (Karfreitag, Oster, Himmelfahrt und Pfingstfest) Anwendung und müssen, soweit es die landwirtschaftlichen Arbeiten erfordert, die landwirtschaftlichen Arbeiter auch an diesen Tagen zur Arbeit kommen.

Magdeburg, den 26. März 1917.

Bereitschaft.

Quernart, den 28. März 1917.

Der Oberpräsident.

Der Königliche Landrat.

Im Sommerhalbjahr vom 1. April ab leben unsere Geschäfte

Sonntags nur von 1/2 8 bis 1/2 10 Uhr vorm. geöffnet.

Nebr.

J. Geldner. Oskar Heinrich. Friedrich Krey. Pauline Liske. Maeh. S. Mege. Bernh. Kinkelhardt. B. Schwiecker. U. Weidner.

Otto Berthold und Frau

Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Ella danken herzlich. Nebra, den 3. April 1917.

Eine Wohnung

(Stube, Kammer, Küche und Stallung) zum 1. Juli zu mieten gesucht. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Eine größere Wohnung

mit Stallung zum 1. Juli zu vermieten. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Alles wankt

Auf allen Fronten haben wir dem Segner ungeheure Gebiete entrissen!
Unsere U-Boote haben dem feindlichen Handel den Todesstoß versetzt!
Die Urheber des Kriegs, Grey und Asquith, DeLaisse und Briand sind von ihren eigenen Völkern aus Amt und Würden gejagt!
In Rußland: Revolution!
Der Zar: abgesetzt!

Gins steht fest:

Die solide Grundlage des deutschen Staatsgebildes und die unverlegliche Kraft des deutschen Volkes.
Darauf beruht auch die unantastbare Sicherheit der deutschen Kriegsanleihen.
Auf den Krieg gewinnen!
Gib Dein Geld dem sichersten Schuldner der Welt, dem Vaterlande!

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Unsere Flieger brachten zwei Feindballons brennend zum Abflug und besaßen Kruppengerät im Gernabogen wirkungslos mit Bomben.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Unsere Flieger brachten zwei Feindballons brennend zum Abflug und besaßen Kruppengerät im Gernabogen wirkungslos mit Bomben.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Durch Bekanntmachung Nr. G. 1023/2, 17. KRA. habe ich Höchstpreise für Naturrohr (Glanzrohr) und Weiden festgesetzt.

Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 1. April 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:

Fhr. v. Lyncker, General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Ich habe am 1. 4. 17 eine Bekanntmachung (Nr. W. II. 2700/2, 17 KRA.) betreffend Beschlagnahme baumwollener Spinnstoffe und Garne (Spinn- und Webverbot) erlassen.

Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 1. April 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:

Fhr. v. Lyncker, General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Ich habe 2 Bekanntmachungen und zwar:

1. Nr. W. IV. 2000/2, 17 KRA. betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Kunstmolle und Kunstbaumwolle aller Art und

2. Nr. W. IV. 2500/2, KRA. betreffend Höchstpreise für Kunstmolle aller Art erlassen. Die Bekanntmachungen sind in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 1. April 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:

Fhr. v. Lyncker, General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Ich habe am heutigen Tage eine Nachtragsbekanntmachung Nr. L. 888/3, 17 KRA. zu der Bekanntmachung Nr. Ch. II. 898/7, 16 KRA. vom 8. August 1916 betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder erlassen.

Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 1. April 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:

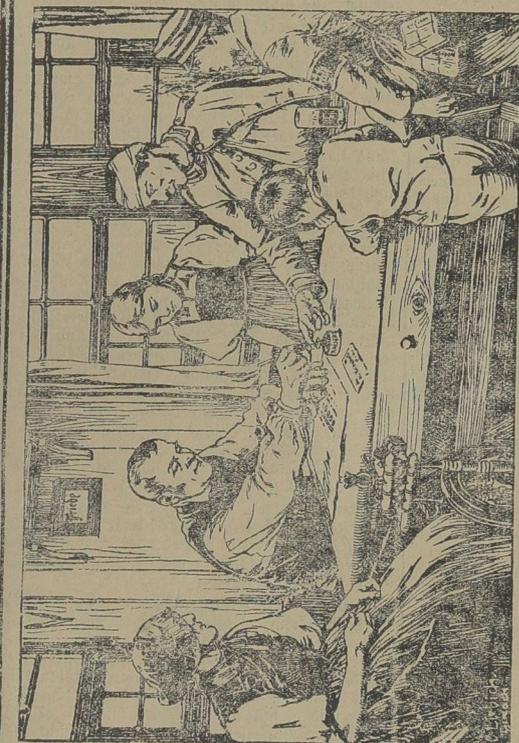
Fhr. v. Lyncker, General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Bekanntmachung.

Ein Angebot der Zentral-Gesellschaft Halle über Saathofer liegt bei uns zur Einsicht aus.

Nebra, den 31. März 1917.

Der Magistrat.



**Der sitzt sicher in seiner warmen Stube,
aber er weiß auch, was er den Soldaten und dem Vaterlande
schuldig ist! — Er zeichnet Kriegs-Anleihe!**

**Deutsche Bananen, duldet nicht, daß einer von Euch das Geld im
Strumpfe läßt! Verlangt, daß alle Kriegs-Anleihe zeichnen!**

Was ich bin und was ich habe, danke ich Dir, mein Vaterland! Hat sich wohl jeder Deutsche, in Stadt und Land, zum rechten Bewußtsein gebracht, was das heißt? Draußen drohen die schwarzen Gefährten, in juchender Hast halten unsere Gelbgrauen Lage, Wochen, Monate aus; sie wanken nicht, obgleich ihre Nerven zu zerpringen drohen, sie spannen die letzte Kraft an, um dem Feinde den Erfolg zu wehren, weil sie wissen, der Feinde Erfolg wäre der Heimat Untergang. Die in der Heimat sitzen in sicherem Hort, Haus und Hof, sind nicht unbrütl von jenen den Blicken furchtbarer Schicksal, in Ruhe und Behaglichkeit können sie sich ihres Besten freuen, ihn pflegen und wehren. Erwächst ihnen aus dieser geistigeren Existenz nicht zum mindesten die Pflicht der Dankbarkeit denen gegenüber, die ihnen den Genuß ihres Besten gewährleisten? Was soll man von den Bauern halten, welche in Strumpf und Truhe gleichendes Gold auf Gold häufen und Silber mit ihrem völlig vergehen, daß diese Schätze nur gelammelt werden konnten, weil mit ihrem Leben Hunderttausende dafür einstanden und den schweißenden Wall bildeten, hinter dem er seiner Arbeit Frucht einheimen konnte. Es wäre ein schmachliches Verhalten, und eines deutschen Landwirtes unwürdig. Nein,

der echte deutsche Bauer weiß, was das Reich braucht und was er ihm schuldet, er trägt freudig und mit Stolz kein Scherflein bei zu des Reiches Wohlfahrt. Das Reich braucht von neuem Kriegs-Anleihe, die Feinde sind entschlossener denn je, von ihrer Vernichtungsart nicht abzulassen. Da will der deutsche Bauer nicht zusehen, daß das Reich notleidet, daß unseren Helden draußen nicht gelingen soll, das zu sichern und zu festigen, was deutsches Blut gekostet und für alle Zeiten in bestem Kampfe erlitten hat. Auch Bauernblut hat teil daran. Soll es nutzlos veran sein, soll am mangelnden Eifer der geistlichen Heimatbewohner das mit teuren Opfern ertigete Verbleibungswort wandel werden? Kein deutscher Bauer kann das wollen. Darum heraus aus dem Strumpf, aus der Truhe mit dem Geld, bringt es dem Vaterlande in der Not, zeichnet Kriegs-Anleihe! Damit schüßet Ihr am besten die heimatische Scholle!

(Kundgebung des Vereins Deutscher Zeitungs-Verteiger.)

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 4. 11. 1915 (R. G. Bl. S. 728) und vom 5. 6. 1916 (R. G. Bl. S. 439) in Verbindung mit der Bekanntmachung über die Kartoffelversorgung vom 26. Juli 1916 (R. G. Bl. S. 590) wird für den Umfang des Kreises Querfurt folgendes bestimmt:

§ 1.

Alle Kartoffelerzeuger und Kartoffelbesitzer sind verpflichtet, bis zum 10. April 1917 ihre Kartoffelvorräte einschl. der noch in Mieten lagernden zu verlesen und nach

- Saatkartoffeln,
- zu der eigenen Ernährung noch erforderlichen Kartoffeln bis zu der zugelassenen Höchstmenge,
- zur menschlichen Ernährung ungeeigneten Kartoffeln,
- noch abzuliefernde Kartoffeln

zu trennen und getrennt aufzubewahren.

§ 2.

In Saatkartoffeln dürfen seitens der Kartoffelerzeuger soviel Kartoffeln zurückbehalten werden, als notwendig sind, um eine gleich große Fläche wie 1916 anzubauen, wobei pro Morgen höchstens 10 Zentner zu rechnen sind. Wer die zur Ausaat zurückbehaltenen Kartoffeln nicht voll und ganz hierzu verwendet, ist verpflichtet, den Rest abzuliefern.

Die Ortsausschüsse haben hierüber Kontrolle zu führen.

§ 3.

Dieserjenigen Kartoffelerzeuger, die beabsichtigen, 1917 eine größere Fläche wie 1916 mit Kartoffeln anzubauen, sind zwecks Zurückbehaltung einer größeren Menge Saatkartoffeln verpflichtet, die mehr anzubauende Fläche dem Ortsausschuß anzuzeigen.

§ 4.

Wer den vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandelt, wer insbesondere die nach § 1 vorgeschriebene Trennung seiner Kartoffelvorräte bis zum 10. April 1917 nicht vornimmt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft. Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehört oder nicht.

§ 5.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Querfurt, den 30. März 1917.

Der Kreis-Ausschuß, von Hildorf.

Ich habe Veranlassung darauf hinzuweisen, daß nach der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 7. 2. 1917 auch das Versäutern von zur menschlichen Ernährung ungeeigneten Kartoffeln ohne besondere Erlaubnis des Kreis-Ausschusses verboten ist.

Querfurt, den 30. März 1917.

Der Königliche Landrat, von Hildorf.

Bekanntmachung.

Dem Kreis Quersfurt sollen demnächst für die Frühjahrsbestellung wiederum einige Kavalleriepferde überwiesen werden.

1. Für die Benutzung der Kavalleriepferde ist pro Tag und Pferd (einschl. für Sonn- und Feiertage) eine Entschädigung von 2,50 Mk. zu zahlen.
 2. Die Pferde sind frei und ausreichend zu versorgen. Freie Verpflegung für den Pferdepfleger. An den letzteren ist bei Mitarbeit eine geringe Vergütung zu zahlen.
 3. Die Kavalleriepferde sind getrennt von den eigenen Pferden in nur gesunde und seuchenfreie Ställe unterzubringen. Nötigenfalls ist der Stall vorher zu desinfizieren.
 4. Für etwa zu Schaden kommende Pferde Uebernahme der Haftpflicht.
- Landwirte, die auf Grund der vorstehenden Bedingungen zur Frühjahrsbestellung Kavalleriepferde zu erhalten wünschen, wollen umgehend einen entsprechenden Antrag unter Angabe der Zeitdauer, für welche die Pferde benötigt werden, bei mir einreichen.
- Quersfurt, den 28. März 1917.

Der Königliche Landrat.

Bekanntmachung.

Durch die im Frühjahr einwandernden polnischen und schlesischen Arbeiter und Arbeiterinnen sind ansteckende Krankheiten, wie die **granulöse Augenentzündung** und vor Allem auch die **Krähe** eingeschleppt und nicht bloß auf die noch gesunden Arbeiter, sondern auch auf die Ortsbewohner, mitunter auf ganze Familien übertragen worden. Es wird daher auf die Gefährlichkeit und große Ansteckungsfähigkeit dieser Krankheiten hingewiesen und lege ich den Arbeitgebern dringend ans Herz, ihrer moralischen wie auch polizeilichen Verpflichtung gemäß nichts in dieser Beziehung zu versäumen. Es kann denselben nur geraten werden, polnische und schlesische Arbeiter und Arbeiterinnen gleich bei ihrem Antritt einer ärztlichen Untersuchung unterwerfen zu lassen. Jedenfalls aber muß während der ganzen Dauer der Beschäftigung eine sorgsame Beobachtung der Leute im Bezug auf diese ansteckenden Krankheiten stattfinden und bei eintretenden Erkrankungen oder auch nur bei entstehender Vermutung unverzüglich der Arzt zu Rate gezogen und die Isolierung der Kranken bewirkt werden.

Zugleich erlaube ich, die Herren Ortsvorsteher und städtischen Polizeiverwaltungen, diesem Gegenstand unausgesetzt ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen und eintretenden Falls ungehäumt mit aller Strenge diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, welche die Heilung Erkrankter und Verhütung der Weiterverbreitung der Krankheit erfordern. Ueber die vorkommenden Erkrankungsfälle ist mir Anzeige zu erstatten.

Quersfurt, den 26. März 1917.

Der Königliche Landrat.

Bekanntmachung.

Die **Ablieferung von Butter** läßt im Kreise bedauerlicher Weise immer noch viel zu wünschen übrig; es kommt dies daher, daß einzelne Milchviehhalter die Bestimmungen der Anordnung vom 4. September 1916 über die Regelung der Speisefettversorgung nicht beachten und für ihren eigenen Bedarf mehr Butter zurückbehalten, als ihnen zusteht.

Abgesehen davon, daß ein solches Verfahren bei dem allgemein herrschenden Mangel an Fett **unpatriotisch** und **krasbar** ist, werde ich in Zukunft auf Grund der mir vom Kreis-Ausschuß erteilten Ermächtigung vorkommendenfalls solchen Milchzeugern, welche ihre Butterlieferungspflicht nicht erfüllen, das **Selbstbuttern untersagen** und sie zur **Ablieferung ihrer sämtlichen Milch** an eine Molkerei für **verpflichtet erklären**.

Die Ortsbehörden erlaube ich, sämtliche Beteiligten hierauf noch besonders hinzuweisen.

Quersfurt, den 24. März 1917.

Der Königliche Landrat.

Bekanntmachung.

Die Menge von Fleisch und Fleischwaren, welche in der Woche vom 2. April bis 8. April auf eine Fleischkarte entnommen werden darf, ist auf

250 Gramm

festgesetzt.

Auf Grund der Bekanntmachung vom 21. August 1916 R.-G.-Bl. S. 941 entfallen auf $\frac{1}{10}$ Anteil der Fleischkarte an:

Fleisch (Rind-, Hammel-, Schweine- und Kalbfleisch) mit Knochen	25 Gramm
Fleisch ohne Knochen (Fleischwaren aller Art, auch Schinken, Würst, Junge, Speck, Rohfett Fleischkonserven)	20 Gramm
Wildbret (Rot-, Damm-, Schwarz- und Rehwild)	50 Gramm

Bei Nachschachtungen erhalten die Verbraucher, sofern das Fleisch für vollwertig befunden ist, auf eine Fleischkarte 300 Gramm (Rind-, Hammel-, Schweine- und Kalbfleisch) mit Knochen oder 240 Gramm ohne Knochen, auf $\frac{1}{10}$ Anteil mithin 30 bzw. 24 Gramm.

Quersfurt, den 2. April 1917.

Der Kreis-Ausschuß.

Man zeichnet Kriegsanleihe, bei jeder Bank, Kreditgenossenschaft, Sparkasse, Lebensversicherungsgesellschaft, Postanstalt

Gedenkt der Hindenburgfettspende

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Karl Stiebig in Nebra.

Wenn sie das gehaut hätten!

II.

Wäre die Verbissenheit des englischen Geldgebers, die Angst vor der Verantwortung bei der schließlichen Liquidation nicht so ohne alle Grenzen, so hätte auch der hügliche englische Deutschenhafter sich schon längst die Frage vorgelegt: Wie lange noch? Wie lange noch können für den eigenen und den Bedarf der Entente überhaupt die unerhörten Geldbedürfnisse bedenkfrei befriedigt werden? Die Schwierigkeit liegt aber nicht allein darin, daß selbst in England die langfristigen Kriegsanleihen nur mit mühsam zusammengewürfelten Teilerfolgen unterzubringen sind, und die Kriegskosten der Entente das Doppelte derjenigen des Vierverbandes ausmachen: Eine weitere große Sorge überschattet die feindliche Geldwirtschaft. Das ist die allein für England mit täglich 40 Millionen Mark angegebene Neuwerschuldung ans Ausland. Der französische Finanzminister hat auch für seinen Teil erklärt, daß die Milliardenverschuldung ans Ausland sogar die größte aller Sorgen wäre. Und das will etwas heißen.

Uns ist sie erspart. Und unsere neue Kriegsanleihe wird jenseits des Kanals, wenn die Vernunft nicht dauernd vertrieben ist, die Nebel der Verblendung zerreißen, die sich hartnäckig der Erkenntnis verschließen, daß es eitle Selbsttäuschung ist, wenn man auf das Ende des deutschen Geldstromes hofft. 2 $\frac{1}{2}$ Jahre Krieg, 47 Milliarden feste deutsche Kriegsanleihen, gefüllte Banks, Spar- und Genossenschaftskassen, die Deutsche Bank mit allein 3 Milliarden Einlagen, die Sparkassen jetzt mit demselben Stand wie vor dem Krieg, obwohl viele Milliarden Mark von Einlegern abgezogen und in Kriegsanleihe umgewandelt worden sind, die Kreditgenossenschaften mit einer ähnlichen, täglich sich mehrenden Geldfülle, eine widerstandsfähige, gesunde Verfassung der deutschen Reichsbank mit einer Verdoppelung ihres Goldbestands und einer kurzfristigen Vermögensanlage, das alles hätte freilich schon genügen sollen zur Einkehr und zu dem Geständnis, daß man Deutschlands geldwirtschaftliche Lage verkannte, als man sehnüchelig den Niedergang vorausagte. Gerade so wie vor dem Krieg? Als die Marokko-Krisis ihre Wellen in die Bankkassen warf, hochte man da drüben und in Frankreich mit gepöhlten Ohren auf, wieviel die Balken der Deutschen Geldwirtschaft noch tragfähig wären. O, wir wußten nicht, wie sie lauerten. Und als die Geldzurückziehungen ärgerlicher Weise ohne Spuren einer Störung entwickelt wurden, da trösteten sich die finstern brütenden Widersacher: Ja, aber in Deutschland ist auf Kredit gebaut, und wenn der Orkan eines Krieges über das Gebäude fährt, fällt das Kartenhaus. Länger als ein paar Monate können sie es wegen der finanziellen Riesenopfer nicht aushalten. — Es kam anders. Freilich hätten wir 47 Milliarden Kriegsanleihen nicht auf einmal bezahlen können. Aber sie sind in gutem deutschen Gelde mit genügenden Atempausen eben doch aufgebracht. Und die neue Kriegsanleihe findet volle Kassen in Stadt und Land. Die Gelder, die bei früheren Kriegsanleihen an die Reichsfinanzverwaltung strömten, sind, von ihr für Dienste und Lieferungen ausgegeben, wieder in den Verkehr zurückgelangt. Und Kapitalvermögen, das sich in Kriegsanleihe umwandeln läßt, ist noch in den verschiedensten Formen für eine lange Weile vorhanden.

So steht fest wie Erz die Tatsache: Wir halten es noch lange aus, länger als die Feinde. Und darauf kommt es beim Messen der Kräfte allein an. Nur genügt es nicht, daß man stark ist, man muß auch seine Kräfte zeigen und also die freien Gelder in die Hand des Vaterlandes legen!

Bermischtes.

Nebra, 29. März. Unsere städtische Sparkasse zeichnete zur 6. Kriegsanleihe 300 000 Mark.

Am 1. April 1917 tritt eine neue Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme baummöllerer Spinnstoffe und Garne (Spinn- und Webverbot) Nr. W. II. 2700/2. 17 KRA. in Kraft, welche das bisher geltende Spinn- und Webverbot Nr. W. II. 1700/2. 16 KRA. nebst seinen Nachträgen ersetzt. Sie unterscheidet sich von der früheren Bekanntmachung im wesentlichen dadurch, daß ein Teil derjenigen Baumwollspinnstoffe und Garne, die bisher noch beschlagnahmefrei waren, nunmehr ebenfalls der Beschlagnahme unterworfen wird. So ist von jetzt an jeglicher Webereikredit beschlagnahmefrei, ferner Kreppgarne, Frattogarne und geschmückte Garne, sowie sämtliche baumwollenen Ketten, die nicht durch einen nach dem 1. Juli 1916 ausgestellten Freigabeschein freigegeben worden sind. Ferner haben Baumwollspinnereien und -Zwirnereien künftig nicht mehr das Recht, Baumwollseile und Spindelschnüre für den Bedarf ihres eigenen Betriebes herzustellen. Endlich kommt die durch § 9 der bisherigen Bekanntmachung für Baumwollspinnereien und -webereien angeordnete Arbeitsbeschränkung in Fortfall. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen veröffentlicht und kann bei den Landratsämtern, Kreisdirektionen und Polizeiverwaltungen eingesehen werden.

Zivilpersonen dürfen keine Militärschuhe tragen oder solche verkaufen. Der Besitz solchen im Reichsgebietum stehenden Schuhwerks hat strafrechtliche Verfolgung wegen Verdacht des Diebstahls oder der Hehlerei zur Folge.

Zum Osterverkehr erläßt die Kgl. Eisenbahndirektion Erfurt folgende beachtenswerte Bekanntmachung: Die Eisenbahnen dienen gegenwärtig in erster Linie der Kriegsführung. Zu Ostern werden für den Personenverkehr nur die fahrplanmäßigen Züge befördert. Reisende, die in diesen Zügen keinen Platz finden, müssen zurückbleiben. Für jeden, der nicht reisen muß, ist es vaterländische Pflicht, hierauf zu verzichten.

Kirchliche Nachrichten.

Gründonnerstag.

Vormittag 10 Uhr:
Beichte und heil. Abendmahl.

Charfreitag.

Es predigt um 10 Uhr:
Herr Oberpfarrer Schwieger.
Abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Beichte und heil. Abendmahl.

Osterpostkarten

empfehlen

Buchdruckerei Nebra.

Nebrer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Er erscheint
Mittwoch und Sonnabend.

Abonnementpreis
Wöchentlich 1,20 Mk. pränumerando, durch
die Post oder andere Boten 1,25 Mk., durch
die Briefträger frei ins Haus 1,25 Mk.

Gratisbeilagen:

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die einseitige Kopfzeile oder deren
Raum 15 Hg., bei Privat-Anzeigen 10 Hg.,
Resten pro Zeile 25 Hg.

Insertate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Hg.
angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Ar. 27

Nebra, Mittwoch, 4. April 1917.

30. Jahrgang.

Was der Kanzler sagte.

Der Reichskanzler hat gesprochen. Aber Aufreres und Inneres. Die Revolution in Mexiko und zum russischen Volk, unter Beziehungen zu Amerika und China waren es, die den ersten Teil der Rede füllten. Mit demselben weiter Arbeit hat Herr v. Bethmann Hollweg einem alten Vorurteil den Boden abgerieben, den englische Verleumdungslust in der russische Volksteile gegen uns angepflanzte. Der Deutsche Kaiser — so behauptet die russische öffentliche Meinung — ist es gewesen, der den jungen Freiheitskämpfern der Russen nach dem japanischen Krieg durch reaktionäre Maßregeln an Zar Nikolaus erst hätte. Dieser für unser Verhältnis zu Mexiko und zum russischen Volk zentral der Kanzler den Hydratop, indem er erklärte, daß gerade Kaiser Wilhelm damals dem Zaren bringend geantwortet hat, sich den berechtigten Meinungsäußerungen seines Volkes nicht länger zu verweigern. Und weiter verhandelt der Kanzler, daß wir uns in die Entwicklung der russischen Verhältnisse, treten unseren Grundgedanken, uns jeder Einwirkung auf die innere Lage fremder Länder zu enthalten, in seiner Weise einmischen würden. Wir begreifen nur, mit dem russischen Volk in guter Nachbarschaft und Frieden zu leben. Diese Stimme aus dem Deutschen Reich wird jenseits der russischen Grenzspalte trotz aller englischen Untertöne nicht ungehört verhallen können. Aber Amerika konnte der Reichskanzler nichts sagen als was wir schon alle wußten. Aber es war doch erfrischend, daß er Herrn Wilson und Herrn Lansing zu Gemüte führte, daß sie selbst Englands Hungerkatastrophe gegen uns als ungesetzlich und nicht zu verteidigend bezeichnet hätten, sie die Welt den letzten England hat, nachdem sie die Waffen gelassen hätten, selbst im Kampf gegen Deutschland an die Seite treten wollten. Für die Chinesen, die unter dem Druck unserer Feinde und besonders Amerikas, sich zum Abbruch der Beziehungen mit uns entschlossen haben, sagte der Kanzler nur Ausdrücke freundschaftlichen Bedauerns.

Mit großer Freude hörte ich auch das, was der Kanzler über die vorläufige militärische Lage an allen Fronten und über die Erfolge unseres U-Boot-Krieges kurz bemerkte. Er konnte sich hier kurz fassen, da unsere Oberste Heeresleitung uns ja über alle Vorgänge auf dem Kontinent gehalten hat. Und nun kam das, was die sämtlichen Politiker am meisten interessiert und den größten Teil der Ausführungen der Redner gebildet hatte: Die Frage der Neuorientierung auf dem Gebiet der inneren Politik.

Was hier im Brennpunkt der parlamentarischen Kämpfe der letzten Zeit stand, war die von den äußersten Linken in den Nationalparlamenten verlangte sofortige Reform des preussischen Wahlrechts. Der Kanzler aber handelte nach wie vor auf die Meinung, daß zwar eine Reform kommen müsse, daß sie aber während des Krieges hinter dem großen Zweck und Ziel, diesen zu einem glücklichen Ende zu führen, zurückstehen müsse. Millionen von Menschen händen im Felde, könnten sich also an einem Wahlkampf nicht beteiligen. Und, wie das vorgeschlagen werde, ein Wahlrecht von Regierungen wegen einfach, ohne die Volksvertretung zu fragen, einzuführen, sei in diesem Zeitpunkt, wo das Volk um sein Dasein ringe, doch wohl nicht angebracht.

Während die Kanzlerrede, soweit sie die auswärtige Politik behandelte, in der Presse aller Parteien günstige Aufnahme findet, fand auch den Spalten der links stehenden Blätter Enttäuschung. Man wirft dem Kanzler Unentschlossenheit und Verläumdung des geeigneten Zeitpunktes der von ihm selbst als notwendig bezeichneten Reform vor und wiederholt sein Wort, daß die Reform mehrere als Zwischenschritt erfordere. Als dem Kanzler, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt. Auch zweifelt man, ob zu einer späteren Zeit die Regierung die Reformen durchführen wollen oder können. Die Wollische Zeitung gelangt sogar zu folgendem Schluß: „Wenn die Regierung versagt, dann muß das Parlament als die Vertretung des Volkes selbst die Reformen in die Wege leiten und nicht als die Erklärungen des zaudernden Kanzlers erscheinen und Taten des entschlossenen Reichstages, wie die getragenen Anträge der Linken andeuten. Vielleicht ist es dem Kanzler ganz lieb, wenn er einmal vor Laialaden gestellt wird.“ Auf der rechten Seite ist man im Gegenteil dazu mit der Beratung der Reform, aber deren Ziel und Umfang ja auf den beiden inneren Fronten die weitgehenden Meinungsverschiedenheiten

herrischen, vollständig einverstanden. Zutrieben ist man aber auch hier nicht mit Herrn v. Bethmanns Erklärungen. Die „Streu-Zeitung“ fragt kritisch, ob nicht gerade die Rede Herrn v. Bethmanns vom 14. März im preussischen Abgeordnetenhaus die lebendigsten Erinnerungen über das preussische Wahlrecht heraufbeschwören habe.

Deutscher Reichstag.

(Oria-Bericht) Berlin, 30. März.
Unter Ablehnung weitgehender sozialdemokratischer Entwürfe nahm der Reichstag zunächst das Gesetz über die Abschaffung der Mindeststrafe des Militär-Ertragsvertrages nach den Vorschriften des Ausschusses, die General von Langemann selbst beschwor, einstimmig an und setzte dann die abgeordnete Ansprache über die innere und äußere Politik fort. Zu den eingetragenen Anträgen ist nach der Antrag des Reichstages (Fortsetzung) hinangewandert, wonach der Reichstag beschließen soll, den Herrn Reichskanzler zu eruchen, unverzüglich dahin zu wirken, daß in allen deutschen Bundesstaaten eine konstitutionelle Verfassung geschaffen werde mit einer Volksvertretung, die auf allgemeinem, direktem, gleichem und geheimem Wahlrecht beruht.

Herr v. Graefe (Soz. Arb.): Die Absicht des Kanzlers war ein Beitritt zu dem Gesetz der breiten Massen. Wir denken nicht daran, mit einer Revolution zu drohen. Niemand verlangt einen Wahlkampf im Krieg, aber jeder Soldat wäre froh, wenn der Preussische Reichstag in Berlin neben dem Reichstag sein würde. Niemand möchte mitten im Krieg die gewalttätigen Verfassungsänderungen, und da sollte in Preußen eine Wahlreform nicht durchgeführt werden. Die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen wäre eine Entschärfung aller inneren, Reichstag und Bundesrat müßten das tun. Wir fordern eine Annahme für alle politischen Delle. Die russische Revolution legt uns die Verpflichtung auf, ohne einen Augenblick zu veräumen, Friedensbedingungen einzuleiten und zum raschen Abschluß zu bringen. Alle Staaten müssen erklären, daß sie

keine Annexionen und keine Kriegsermächtigungen fordern. Der U-Boot-Krieg hat die Stimmung gegen uns beeinflußt. Wie will Zimmermann für Mexiko Arizona und Neuereit verhandeln? Wir verlangen sofortigen Waffenstillstand und Einleitung der Friedensverhandlungen unter Verzicht auf Annexionen und Kriegsermächtigungen.

Einmalstreiter des Auswärtigen Amtes Zimmermann: An meiner Anwesenheit nach Mexiko ist keine Kritik geübt worden. Ich habe natürlich keinen Anteil an Carranza geübt. Ich habe den Kaiserlichen Gesandten in Carranza beauftragt, Carranza ein Land vorzuschlagen und für den Anschlag zu übernehmen. Das alles ist Amerika uns den Amerikanische Regierungsmehrheit Weise ein Unter Volkshörer erwidert. Verhalten an begründet nach Bundesgenossen zu erfüllen werden. Mexiko in Beziehungen zu Amerika. Jüngsten Jahren ist alle Welt bekannt nicht nur mein Recht, Pflicht, so zu handeln.

Herr Dr. Davidsohn, Reichstag: Deutschland konnte es auf Annexionen nicht an. Die Feinde können nicht ein Konfliktverhältnis, die Erklärung des Reichstages nicht in die Richtung will. Die wollen auf ihre Vorrede und sind sie gegen die wie der preussische Staat mag er es auch sein. Es ein Konfliktverhältnis, wahlen, damit wir ein Auf: Deutschland in

Herr Dr. Dove (Fortschrittliche): Die Anträge des Reichstages sind nicht zu erwidern, sondern sie sind im Vordergrund der Mangel an dürfen diese Sünden lassen

1905 dem Zaren die Einführung verfassungsmäßiger Zustände nahegelegt hat. Hoffen wir, daß in Zukunft die wirtschaftlichen Beziehungen wieder angeknüpft werden. Wir haben das größte Interesse an den inneren Zuständen im großen Bundesstaat Preußen. Der Reichskanzler war nicht durchaus ablehnend gegen das Streben nach einer Demokratisierung des Wahlrechts. Er meint, der Augenblick sei noch nicht gekommen. Hoffentlich kommt die Stunde bald. Er soll beweisen, daß er Verständnis für den Geist der neuen Zeit hat.

Herr Schäfers (natl.): Vor allem muß mit der Wahlrechtsfrage so rasch wie möglich Ernst gemacht werden.



C. J. G. Swarc, der neue schwebische Reichstagspräsident.

Herr v. Graefe (Soz.): Wenn Sie (nach links) das preussische Wahlrecht für so rückständig halten, warum ändern Sie dann nicht vor allem das Kommunalwahlrecht?

Herr Hertig (Soz. Arb.): Verbesserungen des preussischen Wahlrechts sind gefordert, aber so dringlich, daß sie mitten im Krieg vorgenommen werden müßten, sind sie nicht. In jedem Falle aber ist die Wahlrechtsreform eine innerpreussische Angelegenheit, in die der Reichstag nicht hineinzureden hat.

Herr Ledebour (Soz. Arb.): Mit dem Neorepublikanismus ist nichts getan, Reformen müssen gehen. Nicht nur die Parlamentarier, sondern die Republik ist für uns das wichtigste Fortschrittsziel, unermessliches Ziel, und ich bin überzeugt, wir werden in kurzer Zeit einen Antritt in die Zukunft zu führen, auch Änderungen herbeiführen, die die Republik ein unveränderliches Ziel zu sein wird.

Der nationalsozialistische Reichstag hat die nationalsozialistische Bewegung in der Reichstagskammer als die einzige Bewegung bezeichnet, die die Freiheit des deutschen Volkes zu retten vermag. Die nationalsozialistische Bewegung ist die einzige Bewegung, die die Freiheit des deutschen Volkes zu retten vermag. Die nationalsozialistische Bewegung ist die einzige Bewegung, die die Freiheit des deutschen Volkes zu retten vermag.

Herr Dr. Davidsohn, Reichstag: Deutschland konnte es auf Annexionen nicht an. Die Feinde können nicht ein Konfliktverhältnis, die Erklärung des Reichstages nicht in die Richtung will. Die wollen auf ihre Vorrede und sind sie gegen die wie der preussische Staat mag er es auch sein. Es ein Konfliktverhältnis, wahlen, damit wir ein Auf: Deutschland in

Herr Dr. Dove (Fortschrittliche): Die Anträge des Reichstages sind nicht zu erwidern, sondern sie sind im Vordergrund der Mangel an dürfen diese Sünden lassen

sch aber nicht anders denken als durch eine zweite Unterredung der bisher für Militärschritt Unzulänglichen. Die Zahl dieser beträgt nahezu eine Million. Unter ihnen hoffe man die fehlenden 100 000 Mann zu gewinnen. Freilich gehören Verwundete und Invaliden zu ihnen, aber auch viele Simulanten.

Die schwimmenden Festungen auslos.

Sourcou, Mitglied der französischen Flottenkommission, schreibt in der Märznummer der „Revue“: Das U-Boot hat alle alten Methoden aller Flotten umgewandelt. Eine Macht auf diese hat daher jenseits Handeln nur. Was nützen heute noch die gewaltigen Flotten von Schlachtschiffen und die schwimmenden Festungen der U-Boote, die uns bisher die Seeherrschaft sichert? Auslos liegen sie im Schilde der Meeres und der herannahende Feind greift sie ein. Wenn wir den Gegner sich noch weiter entwickeln lassen, dann werden diese Unzerstörbaren eines Tages die Schlachtschiffe besetzt haben.

Italienische Rufe nach Hilfe.

In beweglichen Artikeln rufen die italienischen Blätter die Verbündeten zu rechtzeitiger Hilfe gegen etwaige deutsch-österreichische Angriffe an der italienischen Front auf. „Was ist die einheitliche Front sonst bedeuten?“, fragt „Giornale d'Italia“, „als dort Hilfe zu bringen, wo der Feind am meisten droht? Wenn Deutschland und Österreich kommen, dann könnten unsere Angriffe verlangsamt, und Italien wird ein Angelpunkt für alle feindlichen Fronten.“ „L'Espresso“ schreibt: „Gute Nachsicht und Verzeihung genügen nicht, es muß beizutreten vorgegriffen werden. Unter unseren Armeen müssen sich jetzt die Meeres der Bundesgenossen — schon vor 10, 15, ja 20 Divisionen — bereitgestellt werden.“ „Espresso“ schreibt die „Berliner Tageblatt“: „Wir rufen die Bundesgenossen nicht zu Hilfe für die Zwecke unserer Operationen und auch nicht zur Hilfe gegen Österreich allein, aber gegen einen Angriff überwallender Massen müssen wir Hilfe haben.“ — Daß diese Artikel in so vielen Blättern zugleich erschienen, macht deutlich den Eindruck, daß die Regierung erwidern will sein müssen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Die Heranziehung der Österreichern und Ungarn zum deutschen Hilfsdienst soll durch eine bevorstehende Bundesratsverordnung verfügt werden. In Österreich-Ungarn können auf Grund der dortigen Kriegseinstellungsgesetze auch Reichsdeutsche zu vorläufigen Kriegseinstellungen herangezogen werden. Es ist nun zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn vereinbart worden, daß auch die in Deutschland lebenden Österreicher und Ungarn zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden dürfen.

* Der Reichskommissar für die Kostenverteilung hat Kohlenausgleichstellen in Essen, Mannheim, Halle, Jüdisch und Ratowitz errichtet. Die Kohlenausgleichstellen haben die bei ihnen einlaufenden Bestellungen über unzureichende Lieferungen der Produktionsstellen auf ihre Berechtigung hin zu unterprüfen und gegebenenfalls für Abhilfe zu sorgen. Den Verbrauchern muß daher dringende empfohlen werden, sich nach wie vor in erster Linie an ihre bisherigen Lieferanten zu wenden, und nur dann, wenn diese versagen, an die Kohlenausgleichstellen herauszutreten.

* Ministerpräsident Lloyd George erklärte einer Abordnung der Frauenrechtlerinnen, er sei sicher, daß eine überweltliche Mehrheit des Unterhauses sich für das Frauenstimmrecht entscheidet werden, für das auch die Regierung eintritt.

Frankreich.

* Nach einer öffentlichen Erklärung des Generalgouverneurs von Algerien haben feindliche Stämme in großer Zahl die Grenze überschritten und sind weit ins Innere der Provinz Algerien und Constantine gedrongen. — Natürlich behauptet die Pariser Presse, daß die Stämme von deutschen Agenten aufgehetzt worden seien.

Schweden.

* In der Debatte über die Eingabe an den Nationalkongress betreffend die Friedensbedingungen erklärte Ministerpräsident Hofmann zum Schluß: „Der gegebene Augenblick zur Vermittlung ist noch nicht da, weil auf jeder